

Christian Wolff

Geistesgegenwärtig handeln – Kirche in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsnationalismus

Einführendes Referat beim gleichnamigen Workshop der Tagung der Gesellschaft für Evangelische Theologie (GET)

Leipzig, 05. März 2019

1 Einstimmung

Es ist immer noch frappierend, wie merkwürdig eindimensional der nicht-ostdeutsche Blick auf die Vorgänge in den sog. neuen Bundesländern ausfällt. In der Wochenzeitung DIE ZEIT war im Februar (Nr. 9/2019) unter der Überschrift „*Der Nationalismus war nie weg*“ ein Gespräch mit vier Historikern „*über die Konjunkturen rechter Mobilisierung in Ost und West seit 1949*“ zu lesen. Darin sagt Christina Morina (Amsterdam):

Und ein Wessi wie Götz Kubitschek rief 2016 vor 15.000 Leipzigern von der Bühne: Das wahre deutsche Volk steht im Osten! So wird Frustration in Auserwähltsein umgemünzt.¹

Tatsache ist aber, dass der Auftritt von Götz Kubitschek, einem der Chefideologen der Rechtsextremisten, am 21. Januar 2015 anlässlich der ersten Legida-Aufmärsche stattfand. Tatsache ist, dass er vor maximal 5.000 Menschen sprach. Tatsache ist aber vor allem, dass es in Leipzig keinen Ledida-Aufmarsch gab, ohne dass nicht sehr viel mehr Bürgerinnen und Bürger für eine offene Stadtgesellschaft und eine menschenwürdige Aufnahme von Geflüchteten demonstriert haben – am 21. Januar 2015 waren es ca. 15.000. Doch davon ist in westdeutsch geprägten Medien nur selten die Rede. Darum möchte ich Ihnen heute Nachmittag einiges berichten von dem, wie sich in den vergangenen Jahren hier in Leipzig die Auseinandersetzung mit dem Rechtsnationalismus von Pegida/Legida/AfD gestaltet hat – nicht ohne darauf hinzuweisen, dass der Rechtsextremismus kein sächsisches, sondern eine gesamtdeutsche Aufgabe ist. Zum Beispiel steht Baden-Württemberg in Sachen Rechtsextremismus Sachsen in nichts nach.

Auf einem Plakat bei den Demonstrationen in Chemnitz Ende August 2018 war zu lesen:

*Wir haben keine Flüchtlings-,
sondern eine Humanitätskrise.*

Wenn das richtig ist, dann stehen wir als Kirche vor drei Aufgaben:

- Wir haben zu reagieren auf das, was ich Krise der Moral nennen möchte.
- Wir haben die gesellschaftspolitische Großwetterlage zu analysieren.
- Wir müssen Klarheit über die eigene Position gewinnen.

2 Krise der Moral

Es gehört zum Wesen rechtsgerichteter Politik und des Faschismus, das Politische von Moral zu befreien. Das war im Nationalsozialismus so, als man die Umwertung der Werte vornahm. Denken wir aber auch an Donald Trump, zu dessen Programm es gehört, gezielt und systematisch moralische Prinzipien zu zerstören. Kürzlich äußerte er:

¹ <https://www.zeit.de/2019/09/rechte-mobilisierung-nationalismus-ost-west-afd>

*Ich liebe es, das Gegenüber zu zerquetschen und die Vorteile daraus zu ziehen. Warum? Weil es nichts Besseres als das gibt. Das ist für mich besser als Sex. Und ich liebe Sex.*²

Der Grund aber, warum eine moralfreie Politik, die allein auf männliche Macht und darwinistisch ausgerichtete Selektion setzt, auf so viel Zustimmung stößt und warum das abfällige Gerede von „*political correctness*“ so erfolgreich zu sein scheint, ist ein zweifacher:

- Zum einen zeitigt der dramatische Bedeutungsverlust der Kirchen auch gesellschaftspolitische Folgen. Biblische Grundwerte – wie die Friedfertigkeit, die Erhaltung des schwachen und gekränkten Lebens, die Notwendigkeit der Diskussion und des Kompromisses³ (Carl Amery) – erodieren und verlieren im gesellschaftspolitischen Diskurs dramatisch an Gewicht.
- Zum andern wird auf der politischen wie medialen Ebene seit Jahren versucht, das Beharren auf Grundwerten als überflüssig, als im politischen Alltag hinderlich zu deklarieren und sie der politischen Opportunität preiszugeben. Das erleben wir gerade in der Debatte um die Rüstungsexporte.

Für diese Ent-Moralisierung des öffentlichen Diskurses steht das schreckliche Wort vom „Gutmenschen“, mit dem seit nunmehr fast 10 Jahren in der öffentlichen Debatte diejenigen belegt werden, die ihr Handeln an Grundwerten ausrichten – sei es in der Friedens-, der Umwelt- oder Migrationspolitik.

Diejenigen, die die Politik von Moral befreien und damit nach rechts verschieben wollen, sind auch in den Kirchen unterwegs. Sie behaupten, Kirche verfehle ihren Auftrag, wenn sie sich in der Migrationsfrage eindeutig positioniert oder Kirchenasyl gewährt – und erfahren viel Zustimmung im politischen Raum (ganz ähnlich wie zu Zeiten der Friedensbewegung das kirchliche Engagement als politische Grenzüberschreitung kritisiert wurde). Hier nenne ich den Wiener Theologen Ulrich Körtner, den Sozialphilosophen Hans Joas und den Publizisten Klaus-Rüdiger Mai. **Ulrich Körtner**⁴ wirft den Kirchen vor, die Flüchtlingspolitik von Angela Merkel „*moralisch überhöht*“ zu haben, „*erkennbar auf der Seite des Multikulturalismus*“ (übrigens ein Begriff aus dem AfD-Programm) zu stehen und im „*prophetischen Gestus*“ als „*Attitüde besoldeter Amtsträger*“ zu agieren. Die Kirchen hätten sich mit dem politischen Islam weniger auseinandergesetzt als die AfD.

Hans Joas⁵ kritisiert, dass die Kirchen zu politisch agieren würden. Er unterscheidet zwischen Religion und Moral und kommt dann zu dem Schluss:

Das Christentum darf sich nicht zuallererst als Moral artikulieren, sondern sollte als begeisternder Glaube erkennbar sein.

Diese Unterscheidung ist insofern merkwürdig, als viele Menschen durch das Engagement für Geflüchtete vor Ort die moralische Kraft und Begeisterung des Glaubens neu entdeckt haben. Wer dann Joas insgesamt liest, spürt sofort: Hier sind die politischen Vorbehalte gegen die konkrete Politik von Angela Merkel Ursache für seine Kritik – d.h. er bedient sich in der Argumentation genau dessen, was er den Kirchen vorwirft: tagespolitische Präferenzen – zu denen seine Feststellung gehört, dass die AfD keine rassistische Partei sei.

² Zitiert bei Thomas Assheuer <https://www.zeit.de/2018/43/donald-trump-sexismus-moral-brett-kavanaugh>

³ Vgl. Carl Amery, Hitler als Vorläufer. Auschwitz – der Beginn des 21. Jahrhunderts?, München 1998, S. 187

⁴ Zitate aus: <https://www.evangelisch.de/inhalte/147250/30-11-2017/theologe-koertner-afd-mit-realpolitik-konfrontieren>

⁵ Zitate aus: Erst Glaube, dann Moral, Interview mit Hans Joas in der Kirchenzeitung „Der Sonntag“ vom 11.09.2018; vgl. auch Hans Joas, Kirche als Moralagentur?, Stuttgart 2016

Klaus-Rüdiger Mai ⁶ argumentiert ganz ähnlich:

Für mich wäre es in Ordnung, wenn Kirche aus dem Glauben heraus agiert und aus dem Glauben heraus diskutiert. Und die Frage, wie ich es denn mit den Flüchtlingen halte, ist zumindest erst mal keine christliche Frage und keine kirchliche Frage, sondern es ist eine Frage der politischen Vernunft.

So einfach geht das: Ich erkläre eine auch moralisch-ethische Frage zu einer Angelegenheit der politischen Vernunft. Die muss sich nach Mai mit der Tragik auseinandersetzen,

dass wir nicht allen Menschen auf der Welt helfen können. Und, weil wir nicht allen helfen können, müssen wir doch unsere Kräfte so realistisch einschätzen, dass wir dann denjenigen, ... die kommen, ... wirklich auch helfen können, dass wir wirklich Hilfe leisten können, weil das nicht unsere Kräfte überbeansprucht. Da ist eine Verantwortung.

Die ist aber nicht mehr Angelegenheit der Kirche, sondern der Politik:

Politik ist die Kunst des Möglichen, nicht die Kunst des Wünschbaren. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Und, wenn Kirche jetzt meint, sie muss da mitdiskutieren und eine moralische Ebene hineinbringen, die aber nicht hilft bei der Bewältigung der Probleme, dann wirkt Kirche sogar an dieser Stelle kontraproduktiv.

Hier haben wir ein typisches Argumentationsmuster: Es wird der Kirche das Recht streitig gemacht, sich aus Glaubensüberzeugung und in Anwendung moralisch-ethischer Prinzipien in einer die ganze Gesellschaft bewegenden Frage zu engagieren. Und dann folgt das Totschlagargument: Wir können doch nicht allen helfen. Für mich wird an den dargestellten Äußerungen offenbar: die Verschiebung des kirchlich-theologischen Diskurses nach rechts – und zwar nicht aus theologischer Einsicht, sondern weil der sog. Zeitgeist zuschlägt. Das schlägt sich dann im kirchlichen Alltag sehr konkret nieder.

In der Juli-Ausgabe 2018 von „Chrismon“ war die AfD-Hochburg Bautzen das Titelthema.⁷ Da wurde auch der sächsische Pfarrer Gerd Frey vorgestellt. Er hat in Gaußig, einem kleinen Ort in der Nähe von Bautzen, ein Evangelisches Schulzentrum gegründet. Am Neubau der Schule (960 Kinder und Jugendliche besuchen sie) ließ er 2016 ein Schild anbringen mit der Aufschrift:

*Lehret deutsches Gut,
und deutsche Güte,
damit Gott dieses Haus behüte.
2016*

Wenn in diesem Geist gehandelt, gepredigt, unterrichtet wird, dann ist es kein Wunder, dass rechtes Gedankengut gar nicht mehr auffällt, ja, dass man in dem Bewusstsein leben kann, mit dem Rechtsextremismus nichts zu tun zu haben, obwohl man deren Ideologie folgt. Mir ist jedenfalls nicht bekannt, dass es auf politischer oder landeskirchlicher Ebene irgendeinen Einspruch gegen diese Tafel gegeben hat.

Es kann nicht überraschen, dass Leute wie Gerd Frey gegen Frauenordination, das gleichgeschlechtliche Zusammenleben, den Gender Mainstream, Abtreibung, Islamisierung des christlichen Abendlandes zu Felde ziehen – also alles, was die „Christen in der AfD“ eint und was sie unter „Moral“ verstehen. Liane Bednarz hat dies in ihrem Buch „Die

⁶ Zitate aus: https://www.deutschlandfunk.de/klaus-ruediger-mai-und-seine-streitschrift-kirche.886.de.html?dram:article_id=426208

⁷ <https://chrismon.evangelisch.de/artikel/2018/39520/rechte-christen-bautzen>

Angstprediger. Wie rechte Christen Gesellschaft und Kirchen unterwandern“ überzeugend dargestellt. Danach stehen die Baden-Württemberger den Sachsen in nichts nach. Bednarz zitiert Äußerungen des AfD-Bundestagsabgeordneten Volker Münz aus Göppingen:

Errungenschaften wie „Nation, Volk, Ehe und Familie als Keimzelle der Gesellschaft, Staatsgrenzen, die gemeinsame Kultur und die gemeinsame Religion spielen scheinbar keine Rolle mehr.“ All diese würden „auf unserer christlich-abendländischen Kultur und damit ganz wesentlich auf dem Christentum“ basieren.⁸

Das ist ziemlicher Unsinn, weil gerade die Bibel in jeder Hinsicht universal denkt. Bednarz zitiert auch Bernd Laub, Mitglied der „Christen in der AfD“. Er führte auf einer Veranstaltung in Nöttingen zum Thema „Ist die AfD für Christen wählbar?“ aus:

Die nächste Kerntugend ist die Liebe. Die Nächstenliebe. Wichtig, ja. Wird ja oft ins Feld geführt bei den Flüchtlingen. Ist der Flüchtling mein Nächster? Hallo? Der ist 10000 Kilometer weg. Oder weiter. Mein Nächster ist zunächst meine Frau, das ist meine Nächste, dann meine Kinder, dann meine Eltern und Schwiegereltern, das sind meine Nächsten. Dann sind es die Dorfgemeinschaften, dann die Landesgemeinschaft Baden-Württemberg vielleicht, dann Deutschland, dann Europa, so geht es quasi auseinander.⁹

So sieht konkret die Entmoralisierung biblischer Inhalte aus. Sie muss natürlich vorgenommen werden, um die Umwertung der Werte vollziehen, um ausgrenzenden Rassismus rechtfertigen zu können.

3 Die gesellschaftspolitische Großwetterlage

Kein Wunder, dass die Krise der Moral mit dem Rechtsruck im gesellschaftspolitischen Diskurs korrespondiert. Auf der einen Seite verbreitet in Sachsen die CDU seit Jahren die Parole „Die Sachsen sind immun gegen den Rechtsextremismus.“ (so der ehemalige Ministerpräsident des Freistaates Kurt Biedenkopf). Auf der anderen Seite gehört der Rechtsnationalismus zum Alltag – wie die Ereignisse in Chemnitz oder auch Bautzen zeigen. Sie haben vielleicht von der Veranstaltung „Bautzen – wir müssen reden“ gehört. Ich verweise auf den ausliegenden Blog-Beitrag¹⁰

Unbestritten sind drei Punkte:

- Schon zu DDR-Zeiten gab es eine rechtsextremistische Szene.
- In den Wochen der Friedlichen Revolution versuchten rechtsradikale Gruppierungen aus Westdeutschland die Demos zu infiltrieren.
- Der organisierte Rechtsextremismus in Westdeutschland hatte Ostdeutschland und insbesondere Sachsen zum neuen Aufmarschgebiet erklärt.

Das sollte sich in den Folgejahren leider bestätigen – vor allem in kleineren Ortschaften in den sog. Neuen Bundesländern. Dieser Rechtsextremismus hatte zunächst mit Geflüchteten nichts zu tun – eher mit einer großen Verunsicherung des Lebensgefühls nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und einer verlockenden Versuchung, das nach der Friedlichen Revolution entstandene ideologische Vakuum mit nationalistischem Inhalt zu füllen und alles abzulehnen, was einem fremd erschien. Dazu gehörten

⁸ Liane Bednarz, *Die Angstprediger. Wie rechte Christen Gesellschaft und Kirchen unterwandern*, München 2018, S. 222.

⁹ aaO, S. 220

¹⁰ <http://wolff-christian.de/geht-so-saechsisch-hoffentlich-nicht-mehr-lange/>

- die Westdeutschen, die Ostdeutschland in Besitz nahmen;
- die Demokratie, deren Wert von den realen schmerzlichen Verlusterfahrungen in den 90er Jahren (Arbeit und Wohnen) überlagert wurde;
- die Europäische Union, die die nationale Identität verblassen ließ;
- die gesellschaftliche, kulturelle und religiöse Vielfalt, die von Vielen als Bedrohung empfunden wurde.

In den vergangenen 10 Jahren sind weitere Faktoren dazu gekommen. Ich nenne drei:

- die Finanzkrise 2008, die bei vielen Menschen das Misstrauen verfestigte: denen (also den Banken) wird geholfen, uns nicht.
- der Sarrazin-Hype um sein Buch „*Deutschland schafft sich ab*“ 2010. Mit diesem Buch wurden Ausgrenzungen aufgrund ethnischer Faktoren salonfähig und erfüllten die Brückenfunktion zum Rassismus.
- die vermehrte Ankunft der Geflüchteten 2015/2016.

Das alles hat die Akzeptanz rechtsradikaler, nationalistischer, völkischer Sichtweisen verstärkt – und zwar in allen gesellschaftlichen Schichten. Dieses Denken setzt sich aus folgenden Elementen zusammen: Demokratieverachtung, Politiker-Bashing, Absage an Pluralität, Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie, Diskursverweigerung, niedrige Hemmschwelle zur Gewalt.

Mit der AfD erschien 2013 eine Partei auf der politischen Bühne, die sich aufgrund ihrer Gründungsgeschichte (Professorenpartei) einen bürgerlichen Anstrich geben konnte. Aber sehr schnell erkannten viele Parteimitglieder, dass man auf den seit Jahren geweckten und geschürten Ressentiments gegen Ausländer, Islam, Asylbewerber aufbauen konnte. So wurde die AfD eine Partei, die - zunächst anders als die NPD - glaubhaft vermitteln konnte: *Wir sind doch keine Nazis ...* und dennoch die 15-20 Prozent der Bevölkerung ansprechen und zur Wahl bewegen konnte und kann, die latent rechtsextremistischen Denkmustern folgen.

Was wir auch nüchtern festhalten müssen: Alle Themen, die Pegida/AfD angeblich neu auf die Tagesordnung gesetzt haben sollen, setzen sich aus uralten Stammtischparolen zusammen. Seitdem ich beruflich bedingt mit Menschen jeden Alters und aus allen gesellschaftlichen Schichten aus unterschiedlichen Anlässen kommuniziere, also seit 1976, sind mir diese geläufig:

- die Politik, die nichts versteht von den Anliegen des kleinen Mannes;
- die Politiker, die nur auf ihren Vorteil bedacht, also Abzocker, Ganoven und Volksverräter sind;
- das Kapital, das alles bestimmt; deswegen kann man sowieso nichts ändern;
- die Gesellschaft, die immer unsicherer und krimineller wird;
- Frauen, die sich nachts nicht mehr allein auf die Straße trauen;
- Ausländer, die unsere Sozialsysteme ausnutzen und den Deutschen die Arbeit, Rente, Wohnung wegnehmen;
- die antiautoritäre Erziehung, die Kindern keinen Anstand mehr beibringt;
- die Presse, die lügt und alles manipuliert;
- der Islam, der uns alle überrennen wird (früher waren es Sowjets, die bald in Bonn stehen werden).

Natürlich gehören die entsprechenden Sprüche dazu: „*Das hat es bei Hitler nicht gegeben*“, oder: „*Geh doch nach drüben*“ oder 1968ff: „*Ihr gehört alle vergast*“ ... „*Gegen euch gibt es*

nur ein Mittel: eingegraben und drüber gezuckelt“. Das übrigens zu einer Zeit, in der es weder Internet, noch Facebook oder Twitter gab.

Was sich aber geändert hat: Pegida/AfD konnten sich in einem veränderten gesamtgesellschaftlichen Klima und in einem gesellschaftsfähig gewordenen rechten Diskurs entwickeln – wobei die demokratische Rechte wie die CSU eine gefährliche Brückenfunktion übernahm. Wenn Alexander Dobrindt Anfang 2018 *„eine konservative Revolution der Bürger“* herbeiredet und Horst Seehofer von der Migration als der *„Mutter aller Probleme“* spricht, dann fühlen sich die Bachmanns und Höckes darin bestätigt, das System zu beseitigen, das sie von *„Volksverrätern“* regiert sehen und für *„Umvolkung“* verantwortlich machen. Der schon erwähnte Götz Kubitschek bestand in der Diskussion zwischen Uwe Tellkamp und Durs Grünbein Anfang März 2018 in Dresden darauf, dass der *„Riss, der durch die Gesellschaft geht, unbedingt sein muss. ... Ich bin strikt dafür, dass der Riss noch tiefer wird, dass die Sprache noch deutlicher, noch konkreter wird.“*¹¹ Kubitschek setzt damit auf Spaltung und Trennung und darauf, dass das herrschende System abgeschafft gehört. Er erhielt dafür rauschenden Beifall. Spaltung aber bedeutet: Ich will mit dem anderen nichts mehr zu tun haben. Ich will keinen Diskurs, keine Machtverschiebung innerhalb des demokratischen Spektrums. Ich will die Systemfrage nicht nur stellen, sondern auch beantworten. Genau das ist das Bestreben der rechtsradikalen Gruppierungen von der AfD über Pegida bis hin zu den Identitären und Reichbürgern.

So ist angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen: soziale Ungerechtigkeit, Integration vieler Geflüchteter, multikulturelles und multireligiöses Zusammenleben, Ausdünnung des ländlichen Raums – die Bereitschaft gewachsen, das derzeitige politische System grundlegend infrage zu stellen. Das hört sich dann bei den neurechten Ideologen im publizistischen Bereich so an

*Die Ostdeutschen stellen mit Erschrecken fest, dass das neue Deutschland der alten DDR immer ähnlicher wird, wenn die Eliten auf obrigkeitstaatliche Mittel und Strukturen setzen, weil sie der Probleme nicht mehr Herr werden.*¹²

Klaus-Rüdiger Mai

Diese Haltung hat Pegida groß werden lassen - auch weil die Kraft fehlte, der von Anfang an offenen Hetze, dem Hass, der kalten Empathielosigkeit entschlossen entgegenzutreten. Denn Pegida hat sich seit 2014 nicht radikalisiert. Pegida war von Anfang an rassistisch und wurde systematisch verharmlost.

Darum möchte ich an einen sehr aufschlussreichen Vorgang aus der Anfangszeit von Pegida erinnern. Am 11. November 2014 haben Vertreter der evangelischen und katholischen Kirchen Dresdens einen *„Martinsaufruf“* veröffentlicht. Darin heißt es:

Heute sind wir konkret gefragt, Flüchtlingen, die aus Krieg und Bedrängnis zu uns gekommen sind, mit Freundlichkeit und Hilfe zu begegnen. Vor diesem Hintergrund ist es erschreckend, dass in Dresden eine Demonstrationsbewegung namens PEGIDA Zulauf hat, die die Angst vor islamistischem Terror benutzt, um Stimmung gegen

¹¹ <https://www.youtube.com/watch?v=u8TrevOZW9k> Die Äußerungen von Kubitschek ab 15:23

¹² Klaus-Rüdiger Mai, Alles beginnt mit Herkunft – weshalb Ostdeutschland sich zur Provokation entwickelt, <https://www.nzz.ch/feuilleton/alles-beginnt-mit-herkunft-weshalb-ostdeutschland-sich-zur-provokation-entwickelt-ld.1415437>

Flüchtlinge und überhaupt gegen Ausländer zu machen. Der angebliche Aufruf zur Verteidigung des Abendlandes entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als religiös verbrämter Rassismus. Der Hass gegen den Islam und die Ablehnung der Aufnahme Asylsuchender bestimmen die Positionen der PEGIDA.¹³

Merkwürdig nur: In Dresden geschweige denn in Sachsen oder Deutschland kennt diesen Aufruf faktisch niemand. Er spielte weder 2014 noch danach eine Rolle. Er wurde weder auf kirchlicher noch auf politischer Ebene öffentlich kommuniziert – schon gar nicht machte sich ihn die Landeskirche zu eigen. Offensichtlich war er zu klar. Offensichtlich hatten zu viele ein Interesse daran, Pegida/AfD die Themen bestimmen zu lassen und dadurch die Politik zu verändern. Doch schon damals wurde deutlich: Wer so verharmlosend agiert, der stärkt das Original. Darum war die Rede von den Ängsten und Sorgen der Menschen, die man ernst nehmen müsse, so fatal. Denn angekommen ist bei Pegida/AfD nur: *Wir haben recht. Die anderen sehen das genauso. Nur haben die Angst, es so auszudrücken und auf die Straße zu tragen wie wir.*

Ich fasse zusammen: Der Rechtsextremismus, der uns insbesondere in der Debatte um Geflüchtete begegnet, hat eine lange Vorgeschichte. Er ist inzwischen zu einer Gefahr für unsere Demokratie geworden. Zwar können wir aufgrund der Wahlergebnisse sagen, dass immerhin über 80 Prozent keine rechtsradikalen Parteien wählen. Jeder kann aber Geschichten darüber erzählen, wie in seinem Umfeld plötzlich Menschen Parolen von Pegida/AfD übernehmen, von denen er das niemals erwarten hätte. Diese verfügen (noch) über kein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild. Aber das kann sich, wie die Geschichte, auf die wir in dieser Woche zurückblicken, lehrt, ganz schnell ändern. Darum noch zwei Hinweise:

- Natürlich sind nicht alle AfD-Mitglieder oder Wähler/innen Nazis - genauso wenig wie zwischen 1933 und 1945 die 80 Millionen Deutsche alle Nazis waren. Aber sie haben mitgemacht und die Verbrechen zugelassen.
- Es ist fast zwangsläufig, dass rechtsradikale Gruppierungen und Parteien wie Pegida/AfD an die völkisch-nationalistische Ideologie der NSDAP anknüpfen, wenn sie programmatisch werden. Das kann man jeder Rede und der Körpersprache von Björn Höcke entnehmen. Das ist gerade an dem Artikel deutlich geworden, den Alexander Gauland in der FAZ zum Populismus geschrieben hat und der fast deckungsgleich mit einer Hitler-Rede aus dem Jahr 1933 ist.¹⁴

Wir müssen uns also heute offensiv damit auseinandersetzen, dass die gesellschaftliche Akzeptanz rechtsradikaler, völkischer Positionen und die Bereitschaft, Grundwerte des christlichen Glaubens und unserer Verfassung sowie die freiheitliche Demokratie zur Disposition zu stellen, gewachsen sind – mit der Folge, dass Empathie, Barmherzigkeit, Menschennähe verlorengehen bzw. nur noch auf den unmittelbaren Nachbarn bezogen werden. Diese Auseinandersetzung müssen wir klar, unmissverständlich, dialogbereit führen – möglichst face to face. Dieses geht am besten in dem Dreiecksverhältnis von Position – Dialog/Gespräch – Begegnung.

4 Zivilgesellschaftliches Engagement

¹³ <https://www.kirche-fuer-demokratie.de/206>

¹⁴ <https://www.tagesspiegel.de/wissen/populismus-beitrag-in-der-faz-twitter-user-entdeckt-parallelen-zwischen-gauland-text-und-hitler-rede/23165376.html>

Zunächst möchte ich Ihnen erzählen, wie wir in Leipzig mit Pegida/AfD/Legida umgegangen sind. Als Mitte Dezember 2014 bekannt wurde, dass Anfang Januar 2015 in Leipzig ein Pegida-Ableger, nämlich Legida (*Leipziger Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes*), aufmarschieren will, habe ich zusammen mit anderen unter dem Motto „*Willkommen in Leipzig – eine weltoffene Stadt der Vielfalt*“ ein Willkommensbündnis organisiert – wohlwissend, dass in der Studierendenschaft wie im linken Spektrum der alternativen Szene andere Aktionen gegen Legida in Planung waren.

Nun hatten wir in Leipzig in der Auseinandersetzung mit Neonazis seit 1997 (der Neonazi Christian Worch hatte bis 2014 jeweils am 1. Mai und am 3. Oktober einen Aufmarsch beantragt und wollte bis zum Völkerschlachtdenkmal vordringen) zwei Dinge gelernt:

- Es ist ganz wichtig, von Anfang an ein breites Bündnis in der Stadtgesellschaft zu bilden.
- Es ist nicht sinnvoll, im Widerstand gegen rechts auf einer einheitlichen Plattform zu bestehen.

Darum haben sich Kirchen, Stadt Leipzig (Oberbürgermeister und viele Bürgermeister), Gewerkschaften, Vertreter/innen der Kulturszene, Hochschulen, Initiativen, Parteien (außer der CDU) zusammengetan, ohne andere Gruppierungen auszugrenzen und ohne sich vereinnahmen zu lassen. Aufbauen konnten wir auf die Tradition des „*Courage Konzert*“, das bis 2017 von der IG-Metall zusammen mit dem Musiker Sebastian Krumbiegel am Vorabend des 1. Mai organisiert wurde und zunächst vor dem Völkerschlachtdenkmal stattfand, um diesen Platz zu blockieren. Nachdem 2007 Christian Worch aufgab, fand dieses Konzert auf dem Marktplatz statt.

Auf diese gewachsene Zusammenarbeit und das Vertrauen aufbauend, gelang es um die Jahreswende 2014/15, Gewerkschaften, Kirchen, Parteien (bis auf die CDU, aber immerhin Mitglieder der CDU), Oberbürgermeister Burkhard Jung, alle Bürgermeister, die Rektor/innen aller Hochschulen, IHK und Handwerkskammer und viele Bürgerinnen Bürger in dem Willkommensbündnis zu vereinen. Sie riefen zu einer großen Demonstration an dem Tag auf, an dem Legida zum ersten Mal in Leipzig aufschlagen wollte. Da es in solchen Situationen wichtig ist, inhaltlich vorbereitet in die Absprachen zu gehen, habe ich einen Aufruf verfasst, in dem das Wort „*Legida*“ nicht vorkam, wohl aber die Ziele formuliert wurden, die für das Zusammenleben in der Stadtgesellschaft wichtig sind und die über den Tag hinaus Bestand haben:

*Wir treten ein
für das Grundrecht auf Asyl
für eine menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen
für eine Willkommenskultur für Einwanderer
für religiöse und weltanschauliche Vielfalt
für die Achtung unterschiedlicher Lebensentwürfe
für eine demokratische Streitkultur
für Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger an der gesellschaftlichen Entwicklung
Demokratie kann nur von allen Bürgerinnen und Bürgern verantwortet und gestaltet werden.*

Ergänzt um die Forderung einer intensiven Integrationsarbeit hat dieser Aufruf bis heute Bestand – auch deshalb, weil in ihm ausschließlich positive Ziele formuliert werden und er sich nicht an Pegida/Legida abarbeitet.

2015 hat sich in dem Netzwerk folgende Arbeitsweise herausgebildet: Wir versuchen nicht, alle Beteiligten auf eine einheitliche inhaltliche Position zu verpflichten. Keine Zusammenarbeit gab und gibt es mit den sog. Antifa-Gruppen. Ihre leider mehrfach unter Beweis gestellte Gewaltbereitschaft verbietet jede Kooperation. Wer Gewalt von vornherein plant, wer Steine oder Brandsätze in Büros oder Wohnungen von politischen Gegnern wirft, wer sich selbst einer menschenverachtenden Sprache bedient, darf auf keinerlei Solidarität hoffen – dessen Ziele können auch nicht die unsrigen sein. Bei allen Aktionen hat es sich als sehr hilfreich herausgestellt, dass sich das montägliche Friedensgebet in der Nikolaikirche als Auftakt und Wegweisung für die unterschiedlichen Demonstrationen und Kundgebungen erwies und eine sehr Frieden stiftende Wirkung hatte: „Keine Gewalt!“

Immerhin gelang es durch diese Bündnisstruktur, dass am 12.01.2015 über 35.000 Menschen sich an den Demos und an der gemeinsamen Kundgebung beteiligten – bei 4.000 Teilnehmer/innen an der Legida-Demonstration. Besonders hervorzuheben: Die befriedende Wirkung der vereinten Posaunenchöre, die auf der Kundgebung spielten. In der Folgezeit konnte erreicht werden, dass

- die Teilnehmerzahl von Legida kontinuierlich schrumpfte: von 4.000 auf ca. 300-400 – und das nur noch alle vier Wochen;
- immer mehr Gegner/innen von Legida auf der Straße waren als Teilnehmer/innen an den Legida-Kundgebungen;
- rechtsradikale Gruppierungen wie „Offensive für Deutschland“ (OfD) oder „Der Dritte Weg“ keinen Fuß fassen konnten;
- Werke wie BMW und Porsche, aber auch die Messe GmbH sich für das Willkommensbündnis engagieren.

Besonders wichtig war, dass wir Aktionen geplant haben, die dazu führten, Legida aus der Innenstadt herauszuhalten. Natürlich hat Legida auch versucht, auf dem Nikolai- bzw. Thomaskirchhof zu demonstrieren. Immer gelang es, das Ordnungsamt dazu zu bewegen, dieses nicht zu genehmigen. Dazu mussten aber die Kirchgemeinden entsprechende Aktionen anmelden.

Wie wichtig die vertrauensvolle Zusammenarbeit ist, zeigte sich bei der Lichterkette am 11. Januar 2016. Nach der Lichterkette um den „Ring“ sollte es vor der Thomaskirche zu einer Kundgebung u.a. mit dem Oberbürgermeister, Staatsministerin Petra Köpping, einer Syrerin kommen. Es regnete in Strömen. Die Thomaskirche hat dann ihre Pforten geöffnet – und die Kundgebung fand in der vollen Thomaskirche statt. Da war eine sehr entschlossene, ernsthafte Atmosphäre unter den 1.500 Menschen – die meisten natürlich keine Christen. Im Januar 2017, an dem Tag, als Legida sein zweijähriges Bestehen feiern wollte, kam es dann zum Abgesang. Legida gab auf, was zu einer Beruhigung in der Stadtgesellschaft führte. Unsere Initiative hat aber noch mehr erreicht:

- In den vergangenen Jahren konnte der Dialog mit Muslimen und Geflüchteten verstärkt werden auch dadurch, dass wir unsere Kundgebungen für den interreligiösen und interkulturellen Austausch genutzt haben. Hier verfolgen wir die Strategie, muslimische Gemeinden zum Mittag einzuladen, ihnen aber nicht vorzuschreiben, was sie tun oder sagen sollen.

- Es fanden inzwischen vier „Brückenfeste“ statt, die auf große Resonanz in der Bevölkerung stießen: Begegnung zwischen Geflüchteten, den Initiativen, die sie unterstützen, und den Bürgerinnen und Bürgern.
- OBM Jung hat 2017 alle Aktiven im Februar zu einem großen Danke-Fest-Abend eingeladen: Geflüchtete, Helfer/innen, Bürger/innen. Diese Anerkennung ist äußerst wichtig.

Der Erfolg dieser Arbeit schlägt sich darin nieder, dass es einen breiten Konsens in der Stadtgesellschaft einschließlich der Stadtverwaltung gibt: Geflüchtete sind willkommen und verdienen eine angemessene Betreuung. Größere Konflikte sind bisher ausgeblieben. Ähnliches zeigen Ortschaften wie Altena im Rheinland mit dem famosen Bürgermeister Andreas Hollstein (CDU).

4.1 Position beziehen

Keine Frage: Wir brauchen die offene Debatte, den streitigen Diskurs. Wir brauchen die Bereitschaft, diese mit offenem Visier auf allen Ebenen zu führen. Nur so kann sich eine demokratische Streitkultur entwickeln, an der es uns mangelt. Natürlich müssen wir mit jedem reden, auch mit Anhängern von Pegida/Legida und der AfD. Aber wenn wir dies tun, dann muss deutlich bleiben und werden, von welcher Position aus wir in die Debatte einsteigen und welche Ziele wir verfolgen. Nur so werden wir Klarheit darüber gewinnen, was denn die fundamentalen Werte des Zusammenlebens sein sollen und wie wir sie anzuwenden gedenken. Zu dieser Klarheit kann ich nur jeden ermutigen. Denn nur so werden wir gesprächs-, aber auch handlungsfähig. Also: Wer auf die sog. „Sorgen und Ängste der Bürger“ hören will, darf sich von diesen nicht die Antworten diktieren lassen. Denn Zuhören hat nicht nur eine Richtung. Zuhören basiert auf Gegenseitigkeit.

4.2 Führungsrolle erkennen

Ganz wichtig ist, dass diejenigen, die in unserer Gesellschaft Führungspositionen innehaben (und das fängt spätestens bei der Kita-Leiterin an), sich darüber im Klaren sind: Wie ich rede, was ich sage, welche Überzeugungen ich vertrete, welche Haltung ich einnehme – all das prägt andere Menschen. Denn daran können andere ablesen, worauf es mir selbst ankommt. Daraus erwächst eine hohe Verantwortung – insbesondere auch für das Zusammenleben in der Demokratie und für die Aneignung der Grundwerte. Auch darum ist Klarheit der Position so wichtig.

4.3 Anti-Haltung überwinden

Wir müssen ideologiekritisch einer Anti-Haltung begegnen – nämlich fragen, inwieweit der Anti-Islamismus ein schlichter Ersatz für das gesellschaftspolitische Kampfinstrument Antikommunismus (in Bezug auf Westdeutschland) und Anti-Kapitalismus (in Bezug auf Ostdeutschland) geworden ist. Denken wir daran: Nach 1945 haben Anti-Kommunismus und Anti-Kapitalismus den Antisemitismus in der Funktion ersetzt, ideologische Projektionsflächen für geschürte Ängste zu schaffen.

4.4 Begegnung

Nichts geht über Begegnung. Wenn einer Kommune Vorbehalte gegenüber Geflüchteten und dem Islam laut werden, dann sollten Begegnungen organisiert und Gespräche auf Augenhöhe ermöglicht werden. Das ist nicht immer leicht – insbesondere im ländlichen Raum. Wichtig scheint mir zu sein, dass wir immer versuchen, den Geflüchteten zu vermitteln: *Niemand*

*macht euch euer Lebensrecht streitig. Es geht nicht darum, **ob** ihr hier leben könnt, sondern **wie** wir zusammenleben. Ihr seid für uns nicht ein Problem, sondern wir brauchen euch als Mitarbeiter/innen am zukünftigen Leben.* Das zu vermitteln fällt umso leichter, wenn diejenigen, die sich gegen Rechtsextremismus und für Geflüchtete einsetzen, mit der gleichen Intensität für die Entwicklung des ländlichen Raumes und den Erhalt bzw. Ausbau der Infrastruktur engagieren.

4.5 Erfolge nicht verschweigen

Wir sollten keinen Moment zögern, das, was sich in den vergangenen drei Jahren ereignet hat, als Erfolg zu verbuchen und auch so zu kommunizieren. Der Publizist Georg Diez hat dies in seinem Buch „Das andere Land“ festgehalten:

Und darum war das, was im Sommer 2015 geschah, die Grenzen, die offen blieben für die, die nach Deutschland wollten, kein Staatsversagen, wie so oft beschworen – es war vielmehr ein Staatsgelingen, es war Demokratie ohne Anleitung, es war ein Bürgertriumph, weil die Menschen von selbst das Richtige taten, ohne zu warten, was gewünscht oder gefordert war, es war etwas, das in der deutschen Geschichte ... eher rar ist.¹⁵

Diesen Triumph, an dem viele Initiativen und Kirchengemeinden ihren hohen Anteil hatten und haben, sollten wir uns von niemandem kleinreden lassen. Schließlich schlägt er sich auch in Zahlen nieder. Wenn inzwischen 250.000 Geflüchtete einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz haben und 70.000 geringfügig beschäftigt sind, dann ist sehr viel passiert – unabhängig von den Straftaten, die auch von Geflüchteten begangen und durch die Menschen gegeneinander aufgebracht wurden und werden.

4.6 Probleme offen ansprechen

Es hilft dem Kampf gegen den Rechtsextremismus nicht, wenn wir Probleme und Herausforderungen der Integration nicht offen ansprechen – nicht nur in Bezug auf Kriminalität, auch im Blick auf die sehr unterschiedliche Lebensweise von Asylbewerbern. Allerdings: Integration ist eine Generationenaufgabe und nicht in wenigen Monaten zu erreichen. Darum ist es absurd, immer dann von einem generellen Scheitern der Integration zu reden, wenn wieder einmal von einem Geflüchteten eine Straftat begangen wird. Wir sollten immer betonen: Eine Straftat wird nicht dadurch geringfügiger oder erträglicher, dass sie ein deutscher Staatsbürger oder ein Asylbewerber begangen hat. Allerdings gilt auch: Wie Geflüchtete sich verhalten, welche Probleme durch sie entstehen, wie sie sich kulturell, religiös und welches Verhältnis sie zu den Grundwerten unserer Gesellschaft entwickeln, hängt nicht zuletzt vom Integrationswillen der Bevölkerung und der politischen, humanitären Einstellung der Verantwortlichen, also der Führungspersönlichkeiten vor Ort ab.

4.7 Zahlen sprechen lassen

Wir sollten auch die Zahlen sprechen lassen: 2015 kamen 890.000 Flüchtlinge, 2016 waren es 320.000. Damit lag die Zahl nur um 10 Prozent höher als die Prognose vom Juli 2015. Die belief sich auf 800.000. An diese realen Zahlen sollten wir immer wieder erinnern, wenn von „Millionen Flüchtlingen“ die Rede ist. Um Zahlen ging es auch beim sog. Bremer BAMF-Skandal, von dem heute niemand mehr spricht. Als dieser Anfang 2018 „aufgedeckt“ wurde,

¹⁵ Georg Diez, Das andere Land. Wie unsere Demokratie beschädigt wurde und was wir tun können, um sie zu reparieren, S. 47

sprach Alexander Dobrindt (CSU) von einer „Anti-Abschiebe-Industrie“ und das Bundesinnenministerium ließ verlauten, hier handele es sich um „hochkriminell kollusive und bandenmäßige“ Zusammenarbeit von BAMF-Mitarbeiter/innen und Rechtsanwälten. Nun ist aber bei der Prüfung der Vorgänge herausgekommen, dass bei 18.000 positiven Asyl-Bescheiden 145 „bewusst manipulative Einflussnahmen auf Asylentscheidungen“ (= 0,8%) festgestellt wurden. 4.500 Verfahren, in denen zwei Rechtsanwälte einbezogen waren, wurden dann noch gesondert untersucht, davon 1.095 Tiefenprüfungen. Ergebnis: 6 Asylentscheidungen wurden widerrufen und 13 Asylentscheidungen wurden zurückgenommen. Wir sehen: Mit Zahlen kann Politik gemacht werden.¹⁶ (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE).

5 Nicht nachlassen im Kampf gegen den Rechtsextremismus

Im Blick auf das Wahljahr 2019 sind viele Bürgerinnen und Bürger besorgt, dass es gerade in Sachsen zu einer dramatischen Rechtsverschiebung kommen kann. In Leipzig haben wir nach dem Erfolg 2017 uns nicht zurückgelehnt. Im Oktober haben wir – OBM Jung, Gewerkschafts- und Kirchenvertreter, einige Bürgerinnen - rund 800 Bürgerinnen und Bürger angeschrieben und eingeladen, auf der Grundlage des „Aufruf 2019“¹⁷ zu überlegen, wie wir in unterschiedlicher Weise für die im Aufruf genannten Ziele aktiv werden können. Fast 200 Bürgerinnen und Bürger kamen zu einem ersten Treffen. Ein ganz breites Spektrum war vertreten. Jedem war klar: Der Aufruf 2019 ist die Grundlage. Hier die wichtigsten Aussagen:

Deutschland braucht einen Aufbruch. Wir wollen gemeinsam: Gesellschaft gestalten, statt Ängste zu verbreiten; Probleme lösen, statt Sündenböcke zu schaffen; Demokratie leben, statt sie auszuhöhlen.

Wir treten für das ein, was Deutschland seit Jahrzehnten prägt:

- *Ein geeintes, friedliches Europa. Das Projekt Europa darf keinen nationalen Egoismen geopfert werden.*
- *Sozialer Zusammenhalt durch gerechte Teilhabe an Bildung, Arbeit, Einkommen, Wohnen.*
- *Die Integration der Menschen, die bei uns Zuflucht gefunden haben, stärken: durch Bildung, Sprachvermittlung, Berufsausübung. Integration ist keine Einbahnstraße. Darum legen wir Wert auf das multireligiöse und multikulturelle Zusammenleben.*
- *Die freiheitliche Demokratie, in der wir streiten, aber auch die Grundwerte unserer Verfassung verteidigen.*

Das kann nur erreicht werden, wenn sich viele Bürgerinnen und Bürger für ein friedliches Zusammenleben der so unterschiedlichen Menschen in unserem Land einsetzen. Das Grundgesetz eröffnet nicht nur allen, die hier leben, die Chancen zur Mitwirkung. Es ist auch der Kompass für das bürgerschaftliche Engagement. Für uns sind die Grundwerte der Verfassung nicht verhandelbar: die Würde des Menschen, Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit, Recht auf Asyl, Gewaltenteilung, repräsentative Demokratie.

Wir treten ein für eine offene Gesellschaft, kulturelle Vielfalt und den Streitigen demokratischen Diskurs. Darum werben wir für ein faires, respektvolles Miteinander und stellen uns gegen jeden Versuch national-völkischer Ausgrenzung. Wir

¹⁶ Alle Zahlen sind offiziellen Veröffentlichungen des Bundesinnenministeriums entnommen.

¹⁷ www.aufruf2019.de Inzwischen haben 1.200 Bürgerinnen und Bürger den Aufruf unterzeichnet.

unterstützen alle, die für wichtige Probleme Lösungen und auf Fragen Antworten suchen:

- *Wie stärken wir die Gerechtigkeit in der Gesellschaft?*
- *Wie erreichen wir Bürgernähe und Vertrauen in die Kraft demokratischen Handelns?*
- *Wie entwickeln sich im ländlichen Raum Dörfer und Kleinstädte zu lebensfähigen Ortschaften?*
- *Wie gestalten wir die Integration der Migranten vor Ort?*

Eignen wir uns die Demokratie neu an!

Geben wir den Demagogen keinen Raum!

Vertrauen wir den Werten unseres Grundgesetzes!

Eine erste Aktion war eine Demonstration und eine Kundgebung am 14. Januar 2019, im Anschluss an das Friedensgebet in der Nikolaikirche. 3.000 Bürgerinnen und Bürger nahmen daran teil – und das bei scheußlichem Wetter. Doch das Wichtigste: Wir dürfen die Menschen, die unter den Bedingungen der Demokratie leben wollen, nicht alleine lassen und wir dürfen die Themen, um die es uns geht, nicht völlig überlagern lassen von den Parolen der Rechtsextremen und ihrer Abwehr. Darum kann ich nur dafür plädieren: Wir müssen unsere Ziele, unsere Überzeugungen unabhängig von den rechtsextremistischen Parolen benennen und kommunizieren. Dem dient der „Aufruf 2019“: positiv formuliert, überparteilich angelegt, aber klar in der Aussage.

Christian Wolff, Pfarrer i.R.

info@wolff-christian.de

www.wolff-christian.de